

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und SPD

Weitere Unterstützung unserer Kommunen durch den Bund

Der Landtag möge beschließen:

Zur Stärkung ihrer durch die Folgewirkungen der COVID-19-Pandemie verschlechterten Finanzlage soll der Bund allen Gemeinden wie für das Jahr 2020 auch für die im Jahr 2021 zu erwartenden Gewerbesteuermindereinnahmen gemeinsam mit dem jeweiligen Land einen pauschalen Ausgleich gewähren. Die Kommunen brauchen auch für 2021 verlässliche Auffanglösungen für Gewerbesteuerausfälle, um ihre großen Herausforderungen in Angriff nehmen, ihre Aufgaben weiter erfüllen und die Wirtschaft stärken zu können.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf eine weitere finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Bund hinzuwirken, um die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen.

Wolfgang Waldmüller und Fraktion

Thomas Krüger und Fraktion

Begründung:

Nachdem die Landesregierung durch die FAG-Novellierung die Kommunen seit Anfang 2020 finanziell deutlich besser ausgestattet hat, stehen diese nun durch die anhaltende Corona-Pandemie dennoch unter starkem finanziellen Druck. Die Bundesregierung hat bereits in einem Konjunkturpaket die umfangreiche Unterstützung der Städte und Gemeinden vorgesehen und die dafür notwendigen Gesetze auf den Weg gebracht. Insbesondere hat der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft für Arbeitsuchende und den Anteil an den Kosten für die Zusatzversorgungssysteme für Rentenansprüche aus DDR-Zeiten erhöht und die krisenbedingten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer teilweise kompensiert.

Es war wichtig, dass es Bund und Ländern im vergangenen Jahr gelungen ist, die Finanzlage der Kommunen zu stabilisieren. Unsere Kommunen sind wichtige Beteiligte im Handels-, Gewerbe- und Dienstleistungssektor und haben als Auftraggeber eine entscheidende Bedeutung für die regionale Wirtschaft.

Trotz erheblicher Einnahmeausfälle haben die Kommunen im vergangenen Jahr nicht bei den Investitionen gespart. Viele Kommunen haben ihre Investitionsausgaben für Schulen erhöht bzw. dieses für das Jahr 2021 geplant und zusätzlich in die IT-Infrastruktur investiert. Nach der Kommunalstudie 2020/2021 der Ernst & Young GmbH hat die Corona-Krise zu neuen politischen Prioritäten geführt und gerade bei der Digitalisierung und der Ausstattung der Schulen Handlungsbedarf aufgezeigt. Viele Kommunen haben umgehend reagiert und zusätzliches Geld in die Hand genommen, um die Probleme anzugehen.

Auch mit den erheblichen Unterstützungsmaßnahmen durch Bund und Länder werden die Schulden der Kommunen im Jahr 2020 gestiegen sein. Die Corona-Pandemie hat viele Kommunen bei ihren Bemühungen um eine finanzielle Gesundung um Jahre zurückgeworfen. Für die kommenden drei Jahre rechnet jede zweite Kommune mit einem weiteren Schuldenanstieg. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die Kommunen mindestens 2021 auf weitere finanzielle Unterstützung angewiesen sein werden, sonst drohten erhebliche Einnahmeausfälle bei gleichzeitig hohen Ausgaben. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat bereits Vorsorge getroffen, um auch 2021 einen Teil der Gewerbesteuerausfälle der Kommunen auszugleichen. Daher ist auch der Bund dazu aufgerufen, die Länder und Kommunen dabei zu unterstützen, weitere durch die Corona-Pandemie bedingte Defizite bei den Kommunen zu kompensieren.